



DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHE GESELLSCHAFT

الجمعية الألمانية الفلسطينية

# Palästina Zeitung

Mai 2008

Zeitung der Regionalgruppen NRW-Süd und Ruhr der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

## FÜR VÖLKERRECHT UND MENSCHENRECHTE IM NAHEN OSTEN

In diesem Jahr 2008 gibt es in Deutschland mehrere hundert Feiern zu "60 Jahre Israel" mit vielen tausend Teilnehmern. Man kann davon ausgehen, dass bei keiner einzigen dieser Feiern der Millionen in Palästina einheimischen arabischen Menschen, gestorbenen und lebenden, gedacht wird, die gleichzeitig mit dem wunderbar auflebenden israelischen Staat ein grauenhaftes Schicksal hatten und haben. Ihrer zu gedenken, ist vor allem Kritik am politisch-militärischen Handeln des jüdischen Staates und gilt in Deutschland als unvornehm bis unanständig oder gar antisemitisch. Was wir in der Umkehr vom Nationalsozialismus positiv gelernt haben, nämlich uns überall da einzusetzen, wo es totalitäre Herrschaft über Menschen gibt, ist in diesem Fall verpönt. Viktoria Waltz widmet sich im folgenden Beitrag dieser tragischen Problematik.

### 60 Jahre Israel, und Deutschland feiert Dr. Viktoria Waltz

Das politische Deutschland feiert in diesem Jahr das 60-jährige Bestehen Israels in vielen hundert Einzelveranstaltungen, vor allem aber in einem großen Akt am 14. Mai in der Paulskirche in Frankfurt am Main.

Die Paulskirche hat einen hohen politisch-historischen Symbolwert für Deutschland. Der Ort wurde also mit Vorbedacht und mit einem besonderen Blick auf diese Geschichte ausgewählt. Die Paulskirche steht für Frieden, Freiheit, Gleichheit und Demokratie und nicht zuletzt wird hier in jedem Jahr der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels vergeben.

Die Kirche wurde zur Zeit der französischen Revolution erbaut. 1848 - also genau 100 Jahre vor der Ausrufung des Staates Israel - wurde sie der Sitz des ersten frei und demokratisch gewählten Parlaments in Deutschland, dem Frankfurter Parlament, als Folge der bürgerlichen Revolution von 1848, die der Zersplitterung im deutschen Bund und dem Feudalsystem ein Ende setzen sollte. Hier tagte das sog. Vorparlament, das die Wahlen zum ersten deutschen Nationalparlament vorbereitete. Am 18. Mai 1848 trat hier die erste Nationalversammlung zusammen und an diesem Ort wurde die erste deutsche demokratische Verfassung entworfen. Allerdings konnte sie nicht mehr in Kraft gesetzt werden, denn am 30. Mai 1849 wurde das Parlament trotz vieler Aufstände und Proteste gewaltsam aufgelöst - Preußen und Österreich hatten zu dieser Zeit kein Interesse an Einheit und Demokratie. Dennoch: Die Paulskirche ist bis heute ein zentrales Symbol für die deutsche Einheit und für Demokratie, sowie für den Kampf der Bürger für Freiheit und verfasste gleiche Rechte. Die Paulskirche ein Symbol verfasster Grundrechte - Israel missachtet sie grundlegend.

Für die in Palästina einheimischen arabischen Menschen dagegen gilt: 60 Jahre Katastrophe, und Deutschland schweigt.

In diesem ersten Verfassungsentwurf wurde in den Artikeln 130 - 138 wie auch heute Folgendes zu den Grundrechten gezählt: Wahlrecht, freie Wahl des Aufenthalts, Gleichheit zwischen allen Bürgern vor dem Gesetz; Unverletzlichkeit der Person; Abschaffung der Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht es vorsah; Verhaftung einer Person nur kraft eines binnen 24 Stunden übergebenen richterlichen, mit Gründen versehenen Entscheids; Zugänglichkeit öffentlicher Ämter für alle Befähigten in gleicher Weise; Unverletzlichkeit der Wohnung; Recht auf freie Meinungsäußerung; unbeschränkte Glaubens- und Gewissensfreiheit; keine Bevorzugung von Religionsgemeinschaften durch den Staat; keine Staatskirche; Freiheit der Lehre in der Wissenschaft; Freiheit der Berufswahl; Versammlungsfreiheit; Unverletzlichkeit des Eigentums; Gewährleistung der volkstümlichen Entwicklung von nicht deutsch sprechenden Volksstämmen, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, und: Jeder Staatsbürger steht unter dem Schutz des Reiches.

Eine Verfassung, die diese Rechte für jeden Bürger einklagbar macht, besteht in Israel bis heute nicht. Es gibt nur ein sog. Basisgesetz.

Keines dieser Rechte und Freiheiten ist, seit es den israelischen Staat gibt, je den palästinensischen Bürgern in diesem Staatsgebiet gewährt worden, allenfalls nur in eingeschränktem Maß:

- Die mehrheitlich von Palästinensern (noch) bewohnten Regionen: Galiläa, das sog. Dreieck um Um El Fahem und die Beduinenregionen im Negev, wurden 1948 unter Militärrecht und unter das Diktat eines Militärgouverneurs gestellt und dies wurde erst 1967, nach der Besetzung weiterer palästinensischer Regionen, West Bank und Gaza Streifen, aufgehoben.

- Freiheit der Presse, der Meinungsäußerung, gibt es für arabische Israelis bis



heute nicht, sondern Zensur, wirksam auf allen Ebenen.

- Freie Wahl des wohnorts gab und gibt es immer noch nicht z.B. müssen die Beduinen seitdem in 'Reservaten' leben, 90% ihres Weidelandes wurde ihnen genommen und verstaatlicht; über 100.000 Palästinenser leben als 'nicht anerkannte' Bewohner Israels in über 100 'nicht anerkannten' Lokalisationen. Das heißt, sie wurden 1948 vertrieben aus ihren Dörfern wie Ein Hud oder Stadtquartieren wie in Ramle und dürfen seither nicht zurückkehren; sie wurden von den jüdischen Milizen nach Plan vertrieben (siehe Ilan Pappé, Die ethnische Säuberung, 2006). Jüdische Einwanderer aus Europa nahmen ihre Plätze und Wohnungen ein, soweit diese nicht zerstört worden waren.

- Schutz der Wohnung und Schutz des Eigentums war und ist bis heute nicht vorhanden, 70% der Wohnhäuser zum Beispiel der Kleinstadt Um El Fahem mit ca. 40.000 Einwohnern gelten als 'illegale Bauten' und können jederzeit zerstört werden, andere wurden bereits zerstört; Baugenehmigungen gibt es nur auf der

Basis eines Master Plans, vergleichbar unseren Bebauungsplänen - aber die meisten palästinensischen Orte bekommen keinen Masterplan, also müssen ihre Bewohner bei wachsender Gesellschaft ohne Genehmigung bauen, denn die Familien wachsen und schließlich ist es ihr Boden, ihr Eigentum auf dem sie bauen.

- Unverletzlichkeit der Person? Zugang zu allen Ämtern? Freie Berufswahl und Zugang zur Bildung? Alles nur begrenzt und beschränkt auf nicht strategische Bereiche der israelischen Gesellschaft oder an Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel 'in der Armee gedient zu haben', was den Palästinensern mit Ausnahme der Beduinen und der Drusen gar nicht möglich ist.

Vieles weitere könnte aufgezählt werden. Israels Staat und Gesellschaft basierten auf Rassismus und Diskriminierung.

Es ist evident, dass Israel die 1948 verbliebenen noch etwa 150.000 Palästinenser, nachdem mehr als Zweidrittel vertrieben worden waren, als Feinde betrachtet

Fortsetzung

hat und weiterhin so betrachtet. Die Drohung, die heute auf über eine Million angewachsene palästinensische Bevölkerung Israels nach Osten zu vertreiben oder durch veränderte Grenzziehung in die Westbank einzugliedern, ist vor der Annapolis-Konferenz in die internationale Öffentlichkeit geraten. Nicht von ungefähr wurden die Palästinenser zu Beginn unter Militärrecht gestellt und in ihren freiheitlichen Rechten beschnitten. Bis heute sehen sich die palästinensischen Israelis von fortgesetzter Enteignung ihres Landes bedroht. Nicht anerkannte Dörfer haben keinen Zugang zu Wasser, Strom, Schulen, wenn sie sich nicht selbst versorgen.

Die israelische Gesellschaft basiert auf einer Staatsreligion: Wer Jude ist hat volle Bürgerrechte, genießt den Schutz des Staates, hat Zugang zu allen Ämtern. Der Staat diskriminiert entsprechend Nicht-Juden, unterscheidet bei der Stadt- und Regional-Planung immer zwischen Juden und Nicht-Juden als Kriterium für Entwicklung; Mehrheit von Juden, Aufrechterhaltung jüdischer Mehrheit, das ist jeweils Planungsziel Nummer 1, ob es um soziale Infrastruktur, Verkehrsplanung oder Wohnbauplanung geht. Sozialer Wohnungsbau? Nur für Juden, denn wer nicht in der Armee gedient hat, hat keinen Zugang, auch wenn der Block auf dem eigenen, enteigneten Land erbaut wurde. Klagen? Kann sogar erfolgreich sein, denn Israel sieht sich als demokratischen Staat; aber die Realisierung gelingt nie, denn andere Gründe werden herangezogen, um die Palästinenser aus dem jüdischen 'Sektor' heraus zu halten. Kein Palästinenser in Israel genießt vollständige Sicherheit, weder politisch, noch ökonomisch noch sozial oder steht eindeutig unter dem Schutz des Staates.

In den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten West Bank, Ost Jerusalem und Gaza ist die Verletzung der Menschenrechte alltägliche Praxis

Deutlicher und viel öffentlicher ist zudem die Verletzung der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten Gebieten Gaza und West Bank und vor allem Ost Jerusalem, das nach 1967 gegen das Völkerrecht als israelisches Staatsgebiet anektiert wurde.

Die Besatzung ist illegal und mehrfach durch die Vereinten Nationen verurteilt worden, zuletzt hat der Gerichtshof in Den Haag Israel aufgefordert, die seit 2000 errichtete Mauer abzureißen und die Palästinenser für die Zerstörungen zu entschädigen. Israel verletzt täglich Völkerrecht und die Menschenrechte. Israel bestraft und zerstört kollektiv Dörfer und Familien. Israel tötet vorsätzlich Verdächtige ohne Rücksicht auf sogenannten 'Kollateralschaden', handelt also auch ohne Rücksicht auf Kinder, Frauen und andere zivilen Personen. Israel entführt Verdächtige, hält sie wochen- und monatelang ohne Gerichtsurteil oder Anklage in Gefängnissen, foltert sie, bedroht ihre Angehörigen, versucht ihnen 'das Genick zu brechen'. Israel enteignet palästinensischen Boden, um die eigene jüdische Bevölkerung darauf anzusiedeln. Israel beutet bis heute die palästinensischen Ressourcen aus, vor allem das Wasser unter der West Bank, reißt Olivenbäume zu Tausenden aus, zerstört die historische Landschaft, zerstört Wohnhäuser, behindert die Mobilität der palästinensischen Bevölkerung, sperrt sie faktisch ein und zerstört auf alle mögliche Weise das soziale, kulturelle, religiöse und ökonomische Leben und damit alles, was überhaupt ein friedliches Leben und Zusammenleben ermöglicht. Entgegen allen Friedensgesprächen und Verhandlungen, die der Welt Sand in die

Augen streuen, plant Israel die völlige Stagnation der palästinensischen Gesellschaft bis zur völligen Aufgabe der nationalen Interessen. Schon jetzt ist die Absicht zu erkennen, dass der Raum zum Leben auf die bebauten A-Gebiete "beschränkt sein soll. Darum herum werden weitere Zäune und Mauern errichtet, ein paar Tore zum Aus- und Einlass vom Nötigsten eingebaut, die nur mit israelischen Genehmigungen passiert werden dürfen. Und das verbleibende Land wird mit noch mehr Siedlungen und Strassen zugestampft.

Israel ist eine Kolonialgesellschaft - geschützt von der reichen westlichen Welt zur sicheren Nutzung der Nahost-Ressourcen

Sharon setzte in seinen letzten Jahren das Ziel, bis 2010 eine halbe Million 'Siedler' in der West Bank angesiedelt zu haben. Gleichzeitig wandern Palästinenser aus, die tägliche Drangsalierung führt zu Depression und Frustration. Wer möchte dies schon seinen Kindern zumuten, wenn er die Chance hat, woanders ein Leben aufzubauen. Kein Weg zur Schule ist sicher, kein Weg zur Arbeit ist ohne Risiko, das Leben verteuert sich unter den Einschränkungen des Marktes. Korruption erschüttert das Vertrauen in die Vertreter der palästinensischen Nation. Der internationale Boykott der gewählten Hamas Regierung trifft vor allem die Mittellosen und die einfachen Staatsangestellten. Unterstützung und Lohn bekommen nur noch die ausgewiesenen Fatahmitglieder. Unterstützt wird eine korrupte Führung, die bereitwillig den Ausverkauf der nationalen Rechte Palästinas für die sogenannte Sicherheit der Israelis mitmacht. Die Weltbank finanziert die Veränderung und Nutzung des Jordantals als 'joint venture project' zwischen

Israel und Jordanien .

Angela Merkel und die beiden großen deutschen Regierungsparteien spielen dieses Spiel mit und finanzieren Wissenschaft und Forschung - neuerdings auch mit einer großzügigen Spritze für den israelischen Tourismus, der das Westjordanland schon komplett als israelisches Gebiet betrachtet. Israel, das die Hälfte seines Haushalts zur Sicherung seiner Lebensfähigkeit von außen gesichert bekommt und die andere Hälfte für militärische 'Sicherheit' ausgibt, darf mit den USA einen Nuklearpakt schließen, Atomwaffen besitzen und entwickeln - während die Palästinenser jede kleine Rakete, abgefeuert auf israelische Randgebiete, teuer bezahlen muss: mit Toten und gewaltigen Zerstörungen und mit internationaler Ächtung. Bush verspricht die Entstehung eines palästinensischen Staates - auf 10% des verbliebenen Landes? Auf über 40 Miniregionen aufgeteilt? Mit Tunneln als Verbindung, mit Visumpflicht an jedem Checkpoint? Und Israel darf mit belgischen und französischen Firmen eine Metrobahn bauen, die alle Kolonien verbindet, schnell und elegant? Und die Kolonisierung der West Bank geht munter weiter?

Was also rechtfertigt die Feier ausge-rechnet in der Paulskirche? Nichts, es ist die reine Hybris und eher eine Beleidigung des Ortes. Es feiern diejenigen, die Deutschland an der Seite der Großmacht USA in die grausamsten Kriege hinein manövrieren wollen. Olmert wurde bereits der militärische Angriff auf den Iran versprochen. Auch dem Frieden im Nahen Osten ist solch ein Feiern nicht dienlich. Es ermutigt noch einmal mehr die Politiker Israels, weiterhin gegen UN-Beschlüsse zu handeln, Menschenrechte und Grundrechte zu missachten und das Töten und Zerstören fortzusetzen.

## Brutale Besatzungspolitik Israels: Immer mehr Kindermorde

Im April 2008 haben die Vereinten Nationen Alarm geschlagen: Allein im März 2008 hat Israel 28 palästinensische Kinder und Jugendliche getötet. In 27 Fällen waren israelische Soldaten die Täter, in einem Fall war es ein Siedler. 25 Kinder und Jugendliche starben durch israelischen Beschuss innerhalb von nur vier Tagen im Gazastreifen, als die israelischen Streitkräfte dort Anfang März einmarschierten. Die Vereinten Nationen berichten dabei über Vorfälle, die in ihrer Brutalität schier unglaublich sind: Ein 14-jähriger Junge im Flüchtlingslager Jabaliya schaute aus dem Fenster und wurde sofort von einem Heckenschützen der Armee durch Kopfschuss getötet. Als seine 17-jährige Schwester ihm zu Hilfe eilte, wurde auch sie erschossen. Ein 12-jähriges palästinensisches Mädchen wurde wenig später in ihrem Haus von einem Soldaten angeschossen. Die israelische Armee verweigerte daraufhin der sofort herbeigerufenen Ambulanz den Zugang zum schwer verletzten Mädchen, so dass es verblutete und starb.

Nach diesen Ereignissen haben im März 2008 palästinensische Attentäter vier israelische Talmudschüler bei einem Anschlag getötet, während zwischen Januar 2007 und Februar 2008 kein einziges israelisches Kind Opfer palästinensischer Attentäter wurde. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 59 palästinensische Kinder und Jugendliche durch die israelische Armee getötet.

Auch die Zahl der von der israelischen Armee verletzten Kinder Jugendlichen lag im März 2008 mit insgesamt 93 höher als jemals zuvor in einem einzelnen Monat. Zum Vergleich: Im März wurde ein



israelisches Kind durch einen palästinensischen Angriff verletzt.

Der Bericht der Vereinten Nationen (The Humanitarian Monitor-Occupied Pal. Territory, Number 23, March 2008) zitiert die Resolution 1612 des UN-Sicherheitsrats vom 26.7.2005, in dem ausdrücklich der Schutz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren gefordert wird.

Aktueller Nachtrag: Am 28. April 2008 hat die israelische Armee im südlichen Gazastreifen vier Kinder im Alter zwischen eineinhalb und sechs Jahren und deren Mutter mit einer Panzergranate getötet.

Bei einem Vergleich der Zahlen der israelischen und der um ein Vielfaches höheren Zahlen palästinensischen Opfer

erinnert man sich an den Aufruf des Oberrabbiners der israelischen Stadt Safad, der nach dem oben genannten Attentat vom März 2008 auf die Religionsschule in Jerusalem forderte: "... Rache zu nehmen, die so schmerzhaft ist, dass sich die Botschaft, dass jüdisches Blut wertvoller ist als Gold und Platin, in die Seelen unserer Feinde einbrennt". Da seit vielen Monaten die Opferzahlen auf palästinensischer Seite um ein Vielfaches höher liegen als bei den Israelis, kann der Oberrabbiner zufrieden sein. Auf den Wert palästinensischen Blutes geht er bezeichnender Weise gar nicht ein.

Dieter Neuhaus

### Zum Bild:

Trauernde stehen bei der Leiche von Salsabeel Abu Jalhoum, einem 21-Monate alten Mädchen, das am frühen Sonntagmorgen, 2. März 2008, getötet wurde, als bei einem israelischen Luftangriff eine Rakete in der Nähe ihres Hauses im nördlichen Gazastreifen einschlug. Der Staat Israel bietet Einmaliges, z. B. indem er den Gazastreifen mit 1,4 Millionen Einwohnern zum „feindlichen Gebiet“ erklärte. Das gibt der israelischen Armee umso mehr „Freiheit“, massenhaft zu töten und kollektiv zu strafen (Anfang März 2008 über 120 Tote).

### Waffenruhe?

Auf das Angebot der Hamas zu einer halbjährigen Waffenruhe hin hieß es kürzlich im Deutschlandfunk: Israel lehne das ab, weil die Hamas in dieser Zeit neue Terrorangriffe vorbereiten würde. Am 2. Mai 2008 berichtet die Neue Zürcher Zeitung unter dem Titel „Die Palästinenser für eine Waffenruhe, Einigung in Kairo – Vermittlung Ägyptens mit Israel“: „Eine förmliche Verpflichtung Israels scheint aber ausgeschlossen, weil dieses sich als Ordnungsmacht die Kompetenz zum bewaffneten Eingreifen jederzeit prinzipiell vorbehält und zudem mit der Hamas nicht verhandeln will.“

### Frauen in israelischen Gefängnissen

Zur Zeit befinden sich über 80 Frauen, auch Minderjährige, als politische Gefangene in Israels Gefängnissen, zum Teil in Administrationshaft, d. h. ohne Anklage und Verurteilung. China kennt ebenfalls solche willkürlichen Verwaltungsakte. Näheres unter [www.dpg-netz.de](http://www.dpg-netz.de)

# Offener Brief von Dr. Meir Margalit, israelischer Historiker, an Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihrer Reden und ihres (Nichts-)Tuns auf der Israel-Reise

Anzeige, FAZ 22.4. 2008

Sehr geehrte Frau Merkel,

schon seit langem hat man in Israel keine Reden gehört, die solchen zionistischen Pathos hatten, wie die jene, die Sie bei Ihrem Besuch in Israel vor einer Woche hielten. Sie haben während Ihres dreitägigen Besuchs sehr klar gemacht, wie sehr Sie den Staat Israel unterstützen und ihm gegen seine Feinde beistehen. Acht Minister, unzählige Regierungsangestellte und Sicherheitskräfte haben Sie mitgenommen, um mit großem Aufwand bei Ihren Gastgebern einen guten Eindruck zu hinterlassen.

Trotz des Vorgenannten muss ich Sie jedoch, bei allem Respekt, darauf hinweisen, dass Sie uns keine gute Tat erwiesen haben:

Wenn Sie nämlich wirklich nur Israels Wohl im Sinne gehabt hätten, dann hätten Sie die Palästinenserfrage zumindest erwähnt. Stattdessen taten Sie so, als ob es diese überhaupt nicht gäbe. Sie hätten mit klaren Worten erwähnen müssen, dass die israelische Besatzung der Palästinensergebiete unmenschlich ist und enden muss, dass Israel die besetzten Gebiete räumen, die Siedlungen auflösen und die

Belagerung des Gazastreifens beenden muss.

Wenn Sie nämlich wirklich nur Israels Wohl im Sinne gehabt hätten, dann hätten Sie Abu Mazen zumindest einen Besuch abgestattet, und sich mit dem palästinensischen Unabhängigkeitskampf solidarisch gezeigt.

Wenn Sie wirklich an der Seite Israels gegen seine Feinde stehen wollten, dann hätten Sie zuallererst den Staat Israel selbst kritisiert. Die größte Gefahr, die Israel zu fürchten hat, geht nämlich ironischerweise nicht von Iran, sondern Israel selbst aus. Seit 1967 betreibt der Staat Israel nämlich ein System der Selbstvernichtung. Jeder, der sich um das Wohl des Staates Israel bemüht, muss ihm helfen, dieses System zu beenden.

Ich bin mir sicher, dass Sie gebildet genug sind, das zu wissen. Auch weiß ich, dass das Schuldbewusstsein des deutschen Volkes Ihnen nicht die Möglichkeit lässt, den jüdischen Staat offen zu kritisieren. Zudem kann unterstellt werden, dass israelische Politiker Ihnen in diesem Falle vorwerfen, eine Antisemitin zu sein. Trotzdem sollten Sie sich nicht davon abbringen

lassen, denn der wirkliche Antisemit ist der, der angesichts der Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten schweigt, da für jedermann evident ist, dass die Fortsetzung der Besatzung das Ende des Staates Israels nach sich ziehen wird. Und falls man Ihnen vorwirft, ein Antisemit zu sein, können Sie ja Ehud Olmert selbst zitieren, der vor drei Monaten sagte, dass wenn die Besatzung nicht beendet wird, der Staat Israel beendet wird.

Ich würde Sie gerne darauf hinweisen, Frau Merkel, dass sich die Mehrheit der Israelis eingestehen, dass die Besatzung unertragbar ist und uns nicht weniger Schaden zufügt als den Palästinensern. Jedoch fehlt der israelischen Regierung die Kraft, die einzige Operation durchzuführen, die unser Leben retten kann: Die Entfernung des Tumors, der sich "[Besetzte] Gebiete" nennt. Durch diesen Tumor bluten wir ununterbrochen, und er macht uns von Tag zu Tag schwächer.

Und daher brauchen wir keine Solidaritätsbekundung und auch keine prozionistischen Reden, sondern internationalen Druck, der die Besatzung beenden kann. Allein schaffen wir das nämlich nicht. Jedoch mit Hilfe unserer

europäischen Freunde gibt es eine Chance, Ruhe und Frieden für beide Völker zu erreichen.

Zum Schluss möchte ich Sie gerne darauf hinweisen, dass ich zwar kein Moralist bin, aber dennoch denke, dass Sie eine der wichtigsten moralischen Lektionen des Zweiten Weltkrieges ignoriert haben: Nämlich, dass man bei Menschenrechtsverletzungen nicht schweigen darf, und dass man gegen jedes Regime, dass ein fremdes Volk unterdrückt, kämpfen muss. Heute sind wir leider die Unterdrücker. Es ist daher Ihre Aufgabe, mit lauter Stimme zu sagen, dass es im 21. Jahrhundert keinen Platz für Besatzungsmächte und Unterdrücker gibt. Und es ist Ihre Aufgabe, zu sagen, dass jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat.

Israel braucht diesen Druck, um seiner selbst willen. Wer Israel liebt, muss Druck auslösen, bis die Besatzung beendet ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Meir Margalit, Historiker  
Aktivist der israelischen Friedensbewegung und ehemaliges Stadtratsmitglied von Jerusalem von der Meretz-Partei

## Das Mega-Gefängnis Palästina

Der folgende Text fasst einen Artikel zusammen, den Prof. Dr. Ilan Pappé, Herausgeber des Aufsehen erregenden und in Israel sehr kontrovers beurteilten Buchs über die ethnische Säuberung in Palästina, am 5. März 2008 in "The Electronic Intifada" veröffentlicht hat („The Mega Prison of Palestine“). Prof. Pappé leitet die Abteilung für Geschichte an der Universität Exeter, nachdem er unter anderem wegen Morddrohungen vor einem Jahr Israel mit seiner Familie verlassen hatte.

In mehreren Artikeln hatte Pappé seine Überzeugung ausgedrückt, dass Israel im Gazastreifen eine Politik des Völkermords gegen die Palästinenser betreibt, während es in der (besetzten) Westbank die ethnische Säuberung weiter fortsetzt. Er hatte weiter festgestellt, dass die Genozid-Politik das Ergebnis eines Mangels an Strategie war. Die massive Tötung von palästinensischen Bürgern im Gazastreifen durch Israel (über 100 allein in den ersten Tagen des März 2008) als Folge ihres Protests gegen die Strangulierung und Gefangennahme begründe zwar den Gebrauch des Wortes „Genozid“, aber ohne dass seiner Ansicht nach eine Strategie dahinter stand.

In den letzten Wochen allerdings hat sich für Pappé eine deutlichere Strategie Israels in Bezug auf die Zukunft des Gazastreifens herauskristallisiert, und zwar im Zusammenhang mit neuen Überlegungen, das Schicksal der besetzten Gebieten im Allgemeinen betreffend. Es handelt sich um eine „Verfeinerung“ des von Israel nach dem Scheitern der Camp David-Gespräche vom Sommer 2000 ergriffenen Unilateralismus: Der frühere Ministerpräsident Sharon, seine Kadimapartei und sein Nachfolger Olmert hatten diesen Unilateralismus klar definiert: Israel würde 50% der Westbank annektieren, aber nicht als homogenen Block, sondern als Summe von Einzelflächen (Siedlerblöcke, Apartheidstraßen, Militäranlagen, sog. Nationalparks). Dieser Plan wurde in den vergangenen 8 Jahren seit Camp David weitgehend in die Tat umgesetzt. Durch diese Gebiete, die rein jüdische sein sollen, wird die

Westbank in 11 kleine Kantone und Subkantone zerstückelt. Der größte und wichtigste Teil dieser Anmaßung ist der Großjerusalem-Keil, der die Westbank in zwei getrennte Regionen zerteilt, ohne eine Landverbindung für die Palästinenser.

Die Sperrmauer verläuft über die gesamte Westbank und kreist an manchen Stellen ganze Dörfer oder Städte ein. Das Bild vom Verlauf der Sperrmauer gibt nun einen deutlichen Hinweis auf die neue Strategie Israels



für die Westbank und den Gazastreifen: Der jüdische Staat des 21. Jahrhunderts steht kurz vor der Vollendung des Baus von zwei Mega-Gefängnissen, den größten, die es in der menschlichen Geschichte jemals gegeben hat.

Die beiden Mega-Gefängnisse unterscheiden sich in ihrer Form: die Westbank besteht aus lauter kleinen Ghettos und das riesige Gaza-Gefängnis ist „aus einem Stück“. Aber es gibt noch einen weiteren Unterschied: In der verqueren Sicht der Israelis halten sich im Gaza-Gefängnis die gefährlichsten Gefangenen auf. Die Westbank ist dagegen ein riesiger Komplex etlicher „open air-Gefängnisse“, die die normale Form menschlicher Siedlungen haben und von einer Gefängnisverwaltung mit immens großer militärischer und gewalttätiger Macht überwacht werden.

Aus Sicht Israels kann man das „Mega-Gefängnis Westbank“ als Staat bezeichnen. Und es gibt klare Hinweise darauf, dass eine einseitige Unabhän-

gigkeitserklärung der Palästinensischen Autorität unter Präsident Abbas für die Westbank (nach dem Kosovomodel) im Interesse Israels läge. Da für die Palästinenser einschließlich der Palästinensischen Autorität aber nicht infrage kommt, das „Mega-Gefängnis Gazastreifen“ als friedliche Lösung zu akzeptieren und sich ein Teil der Insassen (Hamas und Islam. Jihad) auch noch mit dem Abschuss von Kassamraketen gegen Israel wehren, hat Israel das Konzept des „gefährlichsten Lagern“ entwickelt. Es besagt, das

die führenden Strategen der Armee und der Regierung Israels sich für ein sehr langfristiges und dauerhaftes „Management“ dieses von ihnen selbst geschaffenen Systems einsetzen, während sie nach außen vorgeben, am Frieden interessiert zu sein.

So wird nun also der Gazastreifen gesehen als das gefährlichste Lager in diesem Gefängnis-Komplex und als dasjenige, gegen das die brutalsten Strafmaßnahmen ergriffen werden. Die Tötung der Insassen durch Luft- und Artilleriebombardements sowie durch die wirtschaftlichen und sozialen Strafmaßnahmen sind aus israelischer Sicht nicht nur unvermeidliche Folgen der Bestrafungsaktionen, sondern sie sind sogar ausdrücklich gewünscht. Auch die palästinensischen Raketen auf Sderot werden von Israel als durchaus wünschenswerte Aktionen gesehen, rechtfertigen sie doch weitere und verschärfte Vergeltungsmaßnahmen.

In der nahen Zukunft wird Israel ähnlichen Widerstand aus Teilen des „Mega-Gefängnisses Westbank“ auf ähnliche Weise bestrafen. Mit solchen Aktionen kann schon in sehr naher Zukunft gerechnet werden. Eine dritte Intifada ist im Entstehen und die Antwort Israels wäre eine weitere „Verfeinerung“ des „Megagefängnis-Systems“. Dabei hätte die Verringerung der Zahl der Gefängnis-Insassen für Israel hohe Priorität: durch ethnische „Säuberung“, systematische Ermordungen und wirtschaftliche Strangulierung.

Aber es gibt Gründe, weshalb die Zerstörungsmaschinerie davon abgehalten werden könnte, ins Laufen zu kommen. Es scheint so, dass eine steigende Zahl von Juden in Israel (laut einer aktuellen CNN-Erhebung sogar die Mehrheit) möchte, dass ihre Regierung mit der Hamas Verhandlungen beginnt. Dahinter steht die Einstellung: Nichts gegen die Mega-Gefängnisse, aber das System funktioniert nicht mehr, wenn die Wohngebiete der Gefängniswärter beschossen werden. Bis zu einer Lösung wird es durch die Strafmaßnahmen Israels noch das Leben von vielen weiteren Kindern, Frauen und Männern kosten.

Der Westen kann dieser beispiellosen Unmenschlichkeit und diesem kriminellen Verhalten (in Pappes Text: „inhumanity and criminality“) Israels schon morgen ein Ende setzen. Aber bislang geschieht das nicht. Obgleich die Bemühungen, Israel als Paria-Staat zu benennen, mit voller Energie weitergeführt werden, beschränken sie sich noch auf die Zivilgesellschaft. Hoffentlich wird sich diese Energie eines Tages in konkrete Maßnahmen übersetzen. Wir können nur beten, dass es dann nicht zu spät sein wird für die Opfer dieser schrecklichen zionistischen Erfindung: des „Mega-Gefängnisses Palästina“.

(gekürzt u. zus.gefasst: D. Neuhaus)

# Al-Nakba – die Katastrophe

## 60 Jahre Dauerkatastrophe und viele Massaker an Palästinensern

Dr. Ribhi Yousef

Geprägt wurde der Ausdruck "nakba" von Constantine Zurayk, einem Geschichtswissenschaftler an der Amerikanischen Universität Beirut; er verwendete ihn erstmalig in seinem 1948 erschienenen Buch *Ma'nat an-Nakba* (Die Bedeutung des Unglücks).

Zusammen mit Nadschi Alis *Hanzala* (dem barfußlaufenden Kind, das immer von hinten gezeichnet ist) und dem symbolischen Schlüssel zum Haus in ihrer alten Heimat, den viele palästinensische Flüchtlinge noch immer aufbewahren, ist die Nakba vielleicht das wichtigste Symbol des palästinensischen Diskurses. Außerdem hat der Ausdruck Einzug in die westliche Begriffswelt gehalten.

Als Theodor Herzl in Basel 1897 seine Vision von einem „Judenstaat“ in Palästina verkündet hat, war es ihm wohl bewusst, dass das Land Palästina bewohnt ist und dort ein Volk mit Kultur und langer Geschichte lebt. Aber der Slogan „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“, der sich später als Lüge entlarvt hat, fand in der zionistischen Bewegung viele Freunde. Diese Lüge prägte die israelische Identität und ihre Handlungsweise bis heute.

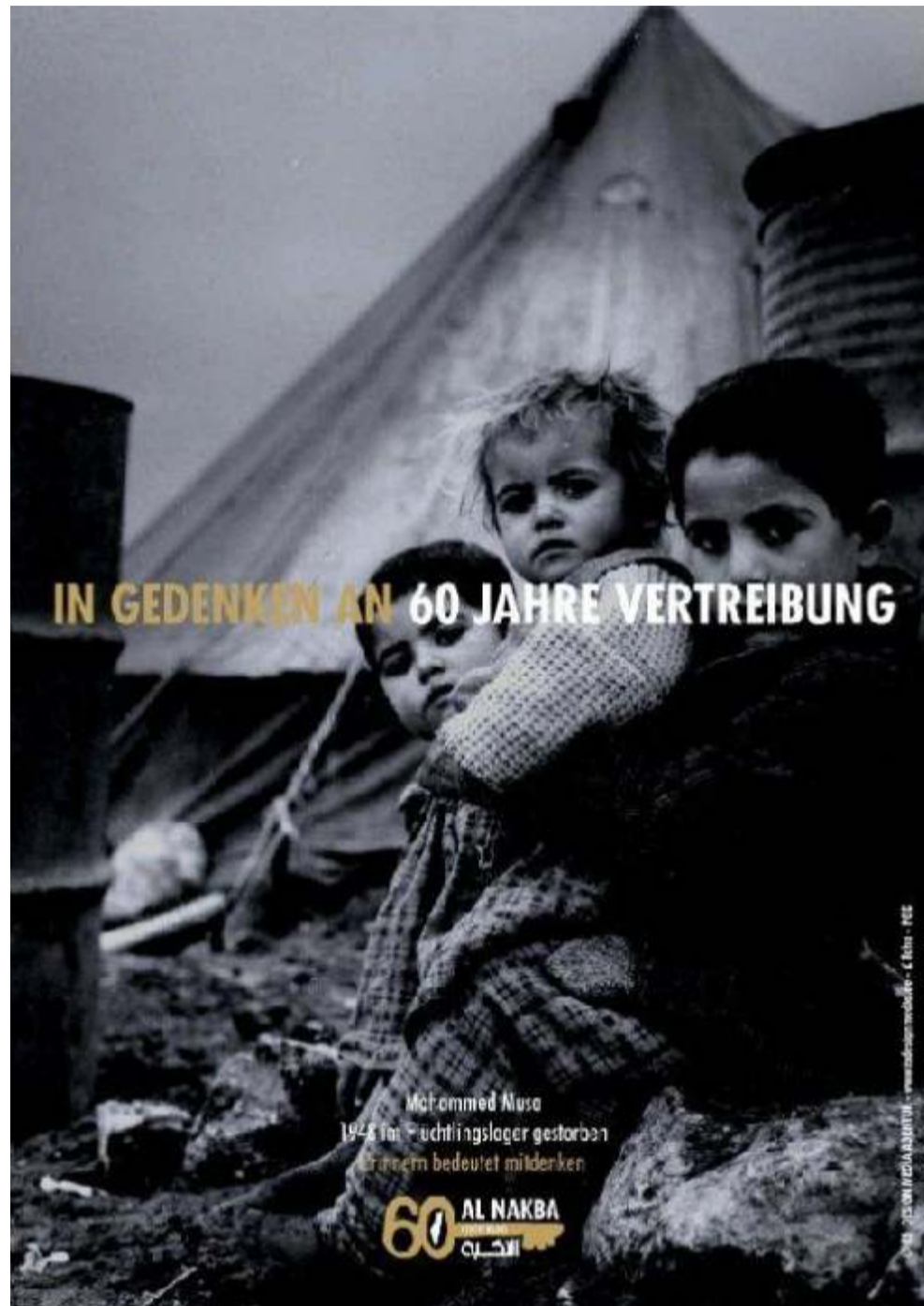
„Ethische Säuberung“ war die Folge dieser Lüge: Das Land Palästina wird durch Vertreibung seiner Bewohner leer gemacht. Dadurch wird Platz für jüdische Zuwanderer aus der ganzen Welt geschaffen.

Palästinenser, die das Land nicht freiwillig verlassen, werden gewaltsam vertrieben oder getötet: So lautete die Strategie der zionistischen Terrorgruppen Irgun Tzvai Le'umi, Stern und Palmach, die im Einvernehmen und unter der Leitung der „Jewish Agency“, der höchsten zionistischen Einrichtung, und ihres Chefs David Ben Gurion, dem ersten Ministerpräsidenten des Staates Israel, standen.

In der Zeit von 1947 bis 1948, dem Jahr der Nakba, wurden durch die obengenannten Terrorgruppen 56 Massaker an Palästinensern begangen, davon etwa ein Drittel in dem Jahr vor der israelischen Staatsgründung, vor allem ab November 1947. Das Massaker von Deir Yassin nimmt dabei eine zentrale Position in der palästinensischen Geschichtsschreibung ein. Es steht symbolisch für all die anderen zerstörten Dörfer und überschattet sogar noch dramatischere Ereignisse in der palästinensischen Geschichte, da speziell dieses Massaker in besonderem Maße bekannt wurde. Bemerkenswert ist, dass die israelische Seite zur Zeit des Geschehens die Zahl der Opfer noch weitaus höher angab, um den Palästinensern überall Angst einzujagen und sie so zur Flucht zu drängen. Somit spielten Massaker wie das von Deir Yassin eine wichtige Rolle beim Massenexodus der Palästinenser von 1948.

Eine große Anzahl von Massakern an arabisch-palästinensischen Menschen ist aufgeführt unter:  
<http://www.palestinehistory.com>.

Sozusagen eine andere Seite der Medaille sind die durch Juden innerhalb von Palästina oder aus Palästina Vertriebenen. Etwa die Hälfte der insgesamt ca. 750.000 palästinensischen Flüchtlinge von 1948 wurde bereits vor der Staatsgründung Israels vertrieben, nicht erst aufgrund des



Eingreifens benachbarter arabischer Staaten, wie das immer wieder behauptet wird.

Insgesamt wurden etwa 500 palästinensische Dörfer vernichtet. Der junge israelische Staat schuf sich dann passende „Gesetze“ und enteignete auf dieser Basis das Land der „abwesenden“ und der anwesenden Palästinenser. Der jüdische Staat Israel machte die Palästinenser schließlich mit über 5 Millionen Flüchtlingen zur weltweit größten Flüchtlingspopulation und

verweigert ihnen ihr Rückkehrrecht, im Widerspruch zum Völkerrecht und zur UNO-Resolution 194.

Diese Katastrophe dauert bis heute an. Wie lange noch? Mit Recht sagt der Bischof von Eichstätt, Gregor Maria Hanke: "Es kann doch wohl nicht sein, dass die Israelis ihr Existenzrecht so brutal durchsetzen, dass andere kaum mehr leben können".



Hanzala von Najj El-Ali

### Beispiele von Massakern

#### Das Massaker vom König David Hotel in Jerusalem

fand am 22. Juli 1946 in Westjerusalem statt. 92 Briten, Araber und Juden wurden ermordet, 58 wurden verletzt. Das Attentat wurde durchgeführt von den Gruppen Irgun, Tzvai, Le'umi, Stern und Palmach im Einvernehmen mit der „Jewish Agency“ und David Ben Gurion. Diese Operation wurde unter der Führung von Menachem Begin ausgeführt, der in den 70er Jahren Ministerpräsident des Staates Israel war. Das King David Hotel war das Hauptquartier und Bürogebäude der britischen Mandatsverwaltung. Die Angreifer waren getarnt als Milchmänner. Sie platzierten den Sprengstoff in Milchkanistern im Keller des Hotels. Die Sprengung erfolgte etwa um 12 Uhr mittags, als die Büros voll besetzt waren.

#### Das Massaker in Baldat al-Shaikh

In der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1947 fand das Massaker im Südosten von Haifa statt, wo viele palästinensische Arbeiter lebten. Vorangegangen war eine Provokation der Zionisten gegenüber den palästinensischen Arbeitnehmern der Haifa Petroleum Raffinerie, die in einer blutigen Schlacht geendet hatte.

Eine gemischte Truppe aus dem Ersten Bataillon von Palmach und der Carmelie-Brigade (schätzungsweise rund 150 bis 200 zionistische Terroristen unter der Führung von Hayim Afinu'am) hatte die Bewohner in ihren abgelegenen Häusern in zwei Stadtteilen im Schlaf überrascht. Sie warfen Handgranaten; dann gingen sie in die Häuser, erschossen diejenigen, die noch am Leben waren und verbrannten die Häuser. Der Angriff dauerte eine Stunde. Sechzig im Schlaf überraschte Zivilisten fielen diesem Angriff zum Opfer.

#### Das Massaker in Deir Yassin

In der Nacht zum 9. April 1948 schlichen sich Mitglieder der zionistischen Terrorgruppen Etsel, Hagana und Irgun Tzvai Le'umi in das Dorf Deir Yassin ein. Ihr Ziel war es, durch Zerstörung des Dorfes und durch Ermordung von dessen Einwohnern die ethnische Säuberung des Landes von Palästinensern zu beschleunigen. Die Bewohner versuchten so weit wie möglich die Angreifer zu stoppen. Die Kämpfe gingen von Haus zu Haus. Sobald ein Haus erreicht war, erfolgte die sofortige Sprengung, ohne den Bewohnern zu ermöglichen, das Haus zu verlassen.

Die Angreifer feuerten auf alles, was in Reichweite ihrer Waffen war. Die Häusersprengungen dauerten bis zum Nachmittag des 10. April. Überlebende wurden auf LKW geladen und zu einem benachbarten Steinbruch gebracht. Dort wurden die Männer exekutiert. 256 ermordete Dorfbewohner wurden in einem Massengrab begraben. Die meisten von ihnen waren Frauen, Kinder und ältere Männer.

Halima Id, eine Frau, die das Massaker überlebt hat, beschrieb, was mit ihrer Schwester geschah: Ich sah einen Soldaten, der meine Schwester, Saliha al-Halabi, die neun Monate schwanger war, festhielt. Er zielte mit dem Maschinengewehr auf ihren Hals, dann schoss er. Danach griff er zu einem Messer, riss ihren Bauch auf und erstach das Kind. Eine Delegation des Roten Kreuzes durfte erst nachdem die Zionisten die Spuren ihrer Verbrechen beseitigt hatten, nach Deir Yassin gelangen.

Fortsetzung

**Das Massaker von NASER AL-DIN**

13.-14. April 1948: Ein als Araber gekleidetes Kontingent der Gruppen Lehi und Irgun drang in der Nacht vom 13. April in das Dorf ein. Als sie von den Dorfbewohnern begrüßt wurden, eröffneten die Terroristen das Feuer auf sie und brannten die Häuser nieder. Nur 40 Menschen überlebten. Alle Häuser des Dorfes wurden dem Boden gleich gemacht.

**Das Massaker von TANTURA 15. Mai 1948**

Nach Angaben des israelischen Historikers Teddy Katz war das Massaker von Tantura definitiv eines der größten. Tantura, in der Nähe von Haifa im Norden Palästinas gelegen, hatte 1500 Einwohner. Das Dorf wurde nach der Gründung des Staates Israel abgerissen, um Platz für einen Parkplatz in der Nähe des Strandes und des Kibbuz Nahsholim zu schaffen. Fawzi Tanji, jetzt 80 Jahre alt, stammt aus Tantura. Er wohnt in einem Flüchtlingslager in der West Bank und erzählt: Ich war 21 Jahre alt, als die jüdischen Truppen in Tantura einfielen. Sie nahmen die Männer des Dorfes in Zehnergruppen, stellten sie an eine Wand in der Nähe des Friedhofes und erschossen sie.

Andere Palästinenser wurden in ihren Häusern und in anderen Teilen des Dorfes getötet. Soldaten schossen auf alles, was sich bewegte.

**DAHMAH, das Moschee-Massaker**

11. Juli 1948: Nachdem das 89. israelische Bataillon unter der Leitung von Moshe Dayan Lydda unter Kontrolle gebracht hatte, riefen sie die Araber durch Lautsprecher auf, sich in der Moschee zu versammeln. Dort wären sie in Sicherheit. 80 -100 Palästinenser wurden in der Moschee getötet. Ihre Körper lagen mehr als zehn Tage dort. Die Moschee steht noch heute verlassen. Ziel dieser Massaker war es, die arabische Bevölkerung von Lydda und Ramle in Angst und Panik zu versetzen und sie zum Verlassen ihrer Häuser zu bringen. Die meisten der 60000 Einwohner von Lydda sind über die Dörfer zu einem Flüchtlingslager in der Nähe von Ramallah geflüchtet. Etwa 350 von ihnen verloren dabei aufgrund von Wassermangel und Hitze ihr Leben.

**Das Massaker von Qibya**

14. -15. Oktober 1953: In der Nacht vom 14. auf 15. Oktober 1953 wurde das Dorf Opfer eines brutalen israelischen Angriffs, durchgeführt von Einheiten der

regulären israelischen Armee unter der Leitung von Arik Scharon. (Die Einheit 101 ist speziell für Vergeltungsschläge zusammengestellt worden.). Er sollte die Keime des palästinensischen Widerstandes hinter der Waffenstillstandlinie für immer zum Schweigen bringen.

Am Abend des 14. Oktober zogen etwa 600 israelische Soldaten in Richtung des Dorfes. Sie umzingelten das Dorf, sperrten alle Ausgänge und Zufahrtswege zu den umliegenden Dörfern. Der Angriff begann mit konzentriertem Artilleriebeschuss auf die Häuser des Dorfes. Einheiten der israelischen Infanterie platzierten Sprengstoff, um einige der Häuser zu sprengen, während sie auf alles schossen, was sich in den Häusern bewegte, und auf

der Waffenstillstandlinie ausgeführt wurde. Als Anführer dieses Massakers hat Ariel Scharon damit den Grundstein sein militärischen und politischen Karriere gelegt.

**Das Massaker von KAFR QASEM**

29. Oktober 1956: An dem Tag, an dem israelische Truppen im Zuge des Suezkrieges den Gaza-Streifen sowie die Halbinsel Sinai besetzten und auf den Suez-Kanal vorrückten, starteten israelische Einheiten um 4.00 Uhr einen Angriff beim Dörfdreieck an der Waffenstillstandlinie zu Jordanien. Sie verhängten eine Ausgangssperre von einem Tag. Der Mukhtar protestierte und erklärte, dass er nicht die über 400 Dorfbewohner, die außerhalb des Dorfes arbeiteten, rechtzeitig informieren könne. Ein israelischer Offizier

die Einrichtungen.

Die israelische Regierung unternahm große Anstrengungen, um die Wahrheit zu verbergen. Nach einer Untersuchung verkündigte der israelische Ministerpräsident Ben Gurion, dass einige Leute des Dorfes Kafer Qasem durch eine Wachmannschaft der israelischen Armee versehentlich verletzt worden seien.

**Das Massaker Khan Yunis**

Am 3. November 1956 besetzten die Israelis die Stadt Khan Yunis und das angrenzende Flüchtlingslager. Sie geben an, dass sie in Kämpfe gegen Widerstandleistende im Flüchtlingslager verwickelt waren. Die Bewohner erklären aber, es habe keinerlei Widerstand gegeben, denn die Toten und Verletzten waren unbewaffnete Zivilisten. Nach dem Zufallsprinzip drangen die Israelis in die Häuser von Khan Yunis ein. Überall lagen Leichen. Wegen der Ausgangssperre konnte tagelang niemand die Toten begraben. Eine spätere Untersuchung der UNRWA ergab, dass die Israelis an diesem Tag in Khan Yunis und im Flüchtlingslager 275 Zivilisten ermordet hatten. Im März 1957 brachten Ausgrabungen in Khan Yunis ein Massengrab ans Tageslicht. Es wurden Reste von etwa 40 Erschossenen wurden gefunden.

**Das Massaker in der AL-IBRAHIMI MOSCHEE / Abrahams-Moschee in Hebron**

25. Februar 1994: Während die Gläubigen in der Abrahams-Moschee ihr Freitagsgebiet verrichteten, drang der bewaffnete Siedler Baroukh Goldstein als israelischer Soldat gekleidet in die Moschee ein und schoss in die Menge. Das Gemetzel endete mit 24 Toten und Hunderten von Verletzten.



**Kafr Qasem, Memorial**

jeden, der zu fliehen versuchte. Das dauerte bis 4.00 Uhr. Dieser Anschlag führte zur Zerstörung von 56 Häusern, der Moschee des Dorfes, der Dorfschule und des Wassertanks. 67 Bewohnern wurden getötet. Scharon rechtfertigte sich bzw. das Blutbad an Männern, Frauen und Kindern damit, dass er bei der Sprengung der Häuser nicht gewusst habe, dass sie noch mit Leben erfüllt waren. Das besondere an dem Massaker von Qibya war, dass es hinter

versicherte ihm, dass er sich darum kümmern wird.

Inzwischen postierten sich die Offiziere am Eingang des Dorfes. Nach dem Feierabend gerieten die Bauern auf dem Nachhauseweg in den Hinterhalt und wurden mit den Schüssen der israelischen Soldaten empfangen. Anschließend drangen die Soldaten ins Dorf ein, töteten Frauen, Kinder und ältere Dorfbewohner und verwüsteten

Unter vielen weiteren Massakern ist auch das in den Flüchtlingslagern **Sabra und Shatila** im September 1982 – unter der Verantwortung von Ariel Sharon – zu nennen, bei dem tausende schutzlose palästinensische Menschen ermordet worden sind. Jenin, Bet Hanun und Rafah sind weitere Ortsnamen, die zu der langen Liste der Massaker gehören.

Dies sind nur einige der zahlreichen Massaker, die von Israelis gegen Palästinenser verübt wurden. Sie alle stellen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

**Religion und Politik im Staat Israel**

Wer behauptet, der Nahostkonflikt sei ein rein politischer Konflikt, der mit Religion nichts zu tun hat, macht es sich zu einfach. Er vereinfacht das geschehen unzulässig. Als Anregung, Religion als mitbestimmende Kraft wahrzunehmen, werden im Folgenden kurze Abschnitte aus **Richard Chaim Schneider, "Israel am Wendepunkt – Von der Demokratie zum Fundamentalismus?"** zitiert. Schneider ist seit 2006 Chefkorrespondent der ARD in Tel Aviv. Er erscheint dort als reichlich unsensibel für die Situation der Palästinenser, und sein Buch ist bereits vor zehn Jahren erschienen. Aber einen Wendepunkt hat es in Israel noch nicht gegeben seitdem und seine Hinweise sind weiterhin bedenkenswert.

- Zu den Siedlern und zu den Bestrebungen, den halbwegs säkularen Staat Israel zu einem Gottesstaat zu machen, schreibt Schneider: „Wo Gott ins Spiel kommt, gibt es keinerlei Basis für ein vernünftiges Gespräch unter Menschen. Was sind schon die Rechte der anderen wert, wenn doch Gott angeblich den Juden gesagt hat, dass sie alles Recht der Welt hätten“ (Seite 34).

- "Die israelische Polizei konnte gerade noch im letzten Moment eine Terrorgruppe zerschlagen, bevor sie die Al-Aksa-Moschee und den Felsendom sprengen konnte, damit der Messias endlich kommen und sein Werk als himmlischer Architekt erfüllen könne. Bis heute sorgt eine kleine Gruppe wirrer Juden für Aufregung, weil sie regelmäßig in Richtung des islamischen Heiligtums marschiert, um endlich den Grundstein für die Errichtung des Tempels zu legen. Als sie dies das letzte Mal tat, starben mehr als 25 Menschen. (Seite 39/40).  
 - „Nicht die extremistischen Kräfte allein sind entscheidend für die politischen Entwicklungen. Israels Demokratie ist schon lange durch die Existenz religiöser Parteien von dem liberalen europäischer oder gar amerikanischer Demokratie entfernt“ (S. 54).  
 - "Der Staat Israel hat bis heute keine Verfassung, einerseits weil Ben Gurion 1948 die Frage der endgültigen Grenzen nicht beantworten konnte und wollte, andererseits weil die orthodoxen Parteien darauf bestanden, daß es eine Verfassung für den jüdischen Staat längst gäbe: die Halacha - das jüdische

Religionsgesetz, das für einen Judenstaat schon immer bindend war. Was aus der Sicht Ben Gurions als diplomatischer geschickter Coup gedacht war, erweist sich heute als Bumerang. Denn nur durch das Fehlen einer Verfassung und einer Deklaration der Menschenrechte ist es möglich, daß religiöse Fundamentalisten an einem Staat politisch teilhaben, den sie ablehnen und in seinem demokratischen Charakter grundsätzlich verändern wollen" (Seite 109).  
 - "Die Unterwanderung des demokratischen Systems läuft schleichend und ist für die breite Mehrheit der Bevölkerung kaum wahrnehmbar." (Seite 112)  
 "Es sind Blätter, wie das von Israel Eichler, die in diesen Auseinandersetzungen das Oberste Gericht und dessen Vertreter massiv angreifen. Da dieses Gericht nach göttlichen und nicht nach jüdischen Gesichtspunkten urteilt, sei es für jeden religiösen Juden null und nichtig." (Seite 116)  
 - Der frühere Gesundheitsminister in der Regierung Netanjahu äußerte sich wie folgt: "Natürlich werden wir den säkularen Zionismus besiegen, weil er den Menschen immer nur die amerika-

nische oder die europäische Kultur vermittelt hat. ... Hier in Israel wird das Gesetz dann natürlich die Halacha, das Religionsgesetz sein. ... Wenn Sie mich fragen: Ich finde, daß die Gebote Gottes und das Gesetz der Thora besser sind als die säkularen Gesetze". (Seite 121)  
 - "Die Macht der Orthodoxie ist nicht zuletzt begründet in ihrem Monopol auf die Zivilstandsrechte. Geburt, Heirat, Scheidung, Beerdigung - all diese einschneidenden Ereignisse im Leben eines Menschen werden in Israel ausschließlich vom Rabinat verwaltet. Es gibt keine standesamtlichen Eheschließungen, keine entsprechenden Scheidungen." (Seite 123)  
 - „Wenn ein europäisches Land mit seinen Staatsbürgern, die einer anderen Glaubensgemeinschaft angehören, in ähnlicher Weise verfahren würde, wie Israel mit den Muslimen, wäre der Aufschrei in der Welt groß. ... Die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft werden auch weiterhin nichts zu lachen haben in ihrem Staat." (Seite 199)  
 - Aus: Verf. u. Titel s. o., Kindler Verlag 1998, vergriffen

# Das andere Israel

## Rolf Verleger, Israels Irrweg - Eine jüdische Sicht

Einer der Gerechten

Der 1951 geborene Psychologie-Professor aus Lübeck ist Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland. Er hat soeben ein Buch veröffentlicht, das ihm den Zorn, aber auch den tief empfundenen Dank vieler Juden und Nicht-Juden in Deutschland eintragen wird. In seinem Buch führt Verleger den Leser zunächst ein in das „Judentum als meine geistige Heimat“. Fast die gesamte Familie der Eltern war in den Konzentrationslagern Nazideutschlands ermordet worden. Gerade weil Rolf Verleger tagtäglich sieht und hört, dass Israel mit seiner Kriegs- und Besatzungspolitik das Judentum als - auch seine - Religion demontiert, streitet er seit Jahren mit scharfer inhaltlicher und rhetorischer Klinge in Deutschland dafür, dass die offiziellen Vertreter des Judentums endlich ihre „bedingungslose Solidarität“ mit dem Staat Israel aufgeben, mit dem Staat, der „seit 40 Jahren die Diktatur eines Besatzungsregimes ausübt“.

Rolf Verlegers Engagement für das Judentum und sein bedingungsloses Plädoyer für einen gerechten Umgang mit den Palästinensern (in einem eigenen Staat) hat sich in eindrucksvollen Aktionen niederschlagen: Im Juli 2006 schrieb er einen vielbeachteten Brief an die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, in dem er Israels Gewaltpolitik mit über 2000 Todesopfern beim Krieg gegen den Libanon ebenso anprangerte wie die uneingeschränkte Unterstützung dieses Krieges durch den Vorstand und das Präsidium des Zentralrats der Juden. Und im gleichen Jahr wurde unter Rolf Verlegers entscheidender Mitwirkung die „Berliner Erklärung ‚Schalom 5767‘“ veröffentlicht, die die israelische Gewaltpolitik gegen die Palästinenser geißelte. Vor allem aber sollte die massenhafte Unterzeichnung dieses Aufrufs die deutsche Politik motivieren, endlich ihr jahrelanges Schweigen zum israelischen Unrecht zu brechen und zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts aktiv beizutragen. Dass Rolf Verleger von Stund an für die meisten offiziellen Vertreter des Judentums in Deutschland als Nestbeschmutzer, wenn nicht gar als Verräter galt, nimmt er mit der Gelassenheit dessen hin, der mit sich selbst und seinen Überzeugungen im Reinen und zudem davon überzeugt ist, dass seine eindringlichen mahnenden Worte eher dazu beitragen können, die Zukunft des Judentums und des Staates Israel zu retten, als die blinde Unterstützung der unmenschlichen Gewalt- und Kriegspolitik Israels.

„Israels Irrweg“: Dieses Buch ist ein „Muss“ für die Vielen, die fast an Israel und seinem Handeln verzweifeln und nichts sehnlicher wünschen, als dass dieses Land bald wieder an seine Wurzeln und Ideale erinnert und aus der „Sackgasse der Gewalt“, in der es feststeckt, umkehrt, bevor es zu spät ist. Das Buch von Rolf Verleger macht Mut und Hoffnung. Es fordert uns alle dazu auf, nicht länger und nicht wieder in Feigheit oder Kleinmut zu schweigen. (PapyRossa-Verlag 2008, Euro 12,90)

Dieter Neuhaus

Jüdische Stimme für  
gerechten Frieden in Nahost



EJJP  
Deutschland

1. März 2008

### Pressemitteilung

Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ verurteilt nachdrücklich die Eskalation der Gewalt zwischen Israel und den Palästinensern im Gazastreifen. Auf den Beschuss von Raketen der „ Hamas“ auf israelische Ortschaften reagiert die israelische Regierung mit dem unverhältnismäßigen Einsatz des Militärs. Ihm sind in den vergangenen Tagen fast hundert Menschen zum Opfer gefallen, überwiegend palästinensische Zivilisten. Wir haben kein Verständnis dafür, dass „ Hamas“ jenen politischen Kräften in Israel mutwillig in die Hände spielt, die die Gründung eines unabhängigen und souveränen Staates Palästina verhindern wollen. Die Verantwortlichen im Gazastreifen müssen zur Kenntnis nehmen, dass über achtzig Prozent der Palästinenser für eine Verständigung zwischen „ Hamas“ und der Autonomiebehörde plädieren.

In Israel haben sich fast zwei Drittel der Bevölkerung für eine sofortige Waffenruhe und für Gespräche mit Hamas ausgesprochen. Deshalb fordert die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ die Bundesregierung auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden diplomatischen Mitteln auf die israelische Regierung einzuwirken, damit die Boden- und Luftangriffe auf den Gazastreifen sofort eingestellt werden. Wir erwarten außerdem, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in Jerusalem Mitte März ihren Gastgeber Ministerpräsident Ehud Olmert deutlich darauf hinweist, dass die rücksichtslose Fortsetzung der israelischen Besatzungspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem die internationalen Erwartungen zunichte macht, den Jahrhundertkonflikt auf dem Verhandlungswege zu überwinden.

Judith Bernstein, Vorsitzende  
Viktor-Scheffel-Str. 5  
D-80803 München

### Prof. Dr. Rolf Verleger: Opfer immer, Täter nimmer In der Süddeutschen abgedruckt unter dem Titel: Haben Opfer das Recht, Unrecht zu tun

Mein Vater hatte Auschwitz überlebt, meine Mutter die KZs im Baltikum. Sie zogen mich in der Erkenntnis auf, dass es die Wahl zwischen Gut und Böse gibt und jeder Mensch für seine Taten verantwortlich ist: Sie erzogen mich in der Ethik der jüdischen Religion.

In seiner „Außenansicht“ propagierte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses eine alternative Ethik. Wir Juden seien vor allem eines: Opfer. Daran solle der Gedenktag 27.1. erinnern. Aktuell sei unser Staat Israel das Opfer unverständlicher Hassausbrüche von Arabern und von „selbst ernannten Gutmenschen“.

Ich würde gern Herrn Lauder fragen: Die Tatsache, dass keiner meiner Großeltern das Dritte Reich überlebt hat, - gab sie 1947/48 den jüdischen Freischärlern und der israelischen Armee das Recht, Hunderttausende Araber aus Israel zu vertreiben? Die „Arisierung“ des Berliner Grundstücks



meines Urgroßvaters - gab sie dem Staat Israel das Recht, Anfang der 50er Jahre den Boden und Besitz der arabischen Vertriebenen zu konfiszieren?

Die Ermordung meiner Onkel und Tanten durch die SS - gibt sie dem Staat Israel das Recht, seit 40 Jahren die Diktatur eines Besatzungsregimes auszuüben?

Die Erschießung meiner Großmutter Hanna dafür, dass sie in Berlin ohne Gelben Stern zum Friseur ging - gibt sie dem Staat Israel aktuell das Recht, die Bevölkerung Gazas auszuhungern?

Allgemein: Gibt die Tatsache, dass wir europäischen Juden Opfer eines großen Unrechts wurden, dem jüdischen Staat vor Gott und vor den Menschen das Recht, nun Anderen Unrecht zu tun? Können uns die Sonntagsreden am „Holo-caust-Gedenktag“ vor dieser Frage schützen?

## Schalom als Friede – oder als Sicherheit?

Der jüdische Musiker Gilad Atzmon  
am 2. 1. 2008 (Auszug):

Wie passen die gegen die Palästinenser angewandten hinterhältigen Taktiken zum poetischen israelischen Selbstbild einer fortschrittlichen humanistischen Nation? Wie passt ein israelischer Friedenssucher zu den „Sicherheitsmauern“? ... Die Sehnsucht nach dem Ghetto könnte vielleicht in dem Sinne verstanden werden, was Israelis unter „Friedenssuche“ verstehen. Obwohl *Shalom oft mit „Frieden“* übersetzt wird, hat das Wort fast nichts mit Frieden zu tun. Wenn Israelis über Frieden reden, meinen sie nicht Versöhnung, Harmonie oder die Umwandlung ihrer Gesellschaft in eine ökumenische Gemeinschaft, die sich auf universale Werte stützt. Wenn Israelis *Shalom* erlangen wollen, dann meinen sie (ihre) ‚Sicherheit‘. Deshalb interpretieren Israelis und ihre Unterstützer die ‚einseitige Trennung‘ (vom Gazastreifen) als einen ‚Shalom-suchenden‘ Schritt. Während Frieden auf die echte Suche nach Frieden, Harmonie und Brüderlichkeit verweist, meint *Shalom* für Israelis sehr viel mehr das Gegenteil: Trennung und Abtrennung. Während Friede bedeutet, dass man aus seiner Nusschale herauskommt und sein Herz für den Nachbarn öffnet, bedeutet *Shalom* die Errichtung eines ‚Sicherheitszaunes‘ und das Auftauchen einer tiefen kollektiven Abscheu gegenüber dem Rest der Welt.

## China und Israel, Tibet und Palästina

Kölner Stadt-Anzeiger, 22./23. März 2008: Exiltibetische Gruppen berichten von rund 100 bestätigten Toten in Tibet seit Ausbruch der Proteste. Neben 31 anderen Nobelpreisträgern verurteilte der Holocaust-Überlebende Elie Wiesel das gewaltsame Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte in Tibet.

Im Gazastreifen sind seit Anfang des Jahres 2008 etwa 200 palästinensische Menschen von den israelischen Armee umgebracht worden. Allein bei der „Militäraktion“ von 1. – 3. März starben 120 Palästinenser, davon die Hälfte Frauen, Kinder und Alte. Kein Nobelpreisträger und kein Elie Wiesel verurteilten das gewaltsame Vorgehen der israelischen Armee.

## Wie Viele müssen noch sterben?

Im Jahr 2007 wurden 13 israelische Menschen von Palästinensern getötet, 360 palästinensische Menschen von Israelis, davon waren 35%, also über 120, nicht in Kämpfen verwickelt (Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem). Im Vorjahr 2006 waren 27 israelische Menschen von Palästinensern getötet worden, 683 palästinensische Menschen von Israelis, davon 145 Frauen, Kinder und Jugendliche. Die Zahl der Verletzten ist entsprechend hoch.

# Buchbesprechung

## Idith Zertal und Akiva Eldar, Die Herren des Landes - Israel und die Siedlerbewegung seit 1967

Verfasser dieses in jeder Hinsicht beeindruckenden Werkes über die jüdische Siedlerbewegung sind zwei israelische Historiker, die Professorin Idith Zertal und Akiva Eldar, der u.a. das Büro der großen Tageszeitung Haaretz in Washington geleitet hat. In ihrem sehr lesenswerten Buch, das mit Fug und Recht als Standardwerk zum Thema bezeichnet werden darf, beschreiben die Verfasser im Einzelnen, wie sich Israel über die Jahrzehnte hin zu einer weithin geächteten Besatzungs- und Vertreibungsmacht entwickelt hat und welche entscheidende Rolle die messianische Siedlerbewegung mit ihren religiös-politischen Strukturen dabei gespielt hat und bis in die heutige Zeit hinein spielt. An der engen Verstricktheit des israelischen Staates und aller seiner Institutionen in die illegalen Aktivitäten der Landbesetzung und des Landraubs besteht für die Verfasser kein Zweifel.

Die Autoren liefern im Rahmen ihres hervorragend recherchierten und systematisch aufgebauten Werkes nicht nur unzählige wichtige Fakten und Informationen zum untersuchten Thema, sondern sie ordnen diese auch unmittelbar in die politisch-gesellschaftlichen Geschehnisse in Israel und den besetzten Gebieten ein. Für die Besatzungs- und Expansionspolitik Israels finden die Verfasser ungeschminkte und klare Worte: sie sehen „das hässliche Antlitz der Okkupation“ (an anderer Stelle im Buch wird die Besetzung palästinensischer Gebiete auch als „bösesartiges Geschwür“ bezeichnet) und ihre „moralische Verkommenheit“ und sprechen vom „moralischen Kollaps“ Israels. Der Sperrzaun/die Mauer ist für die Autoren ein grauenhaftes Menetekel in der Landschaft und ein Symbol für die Dummheit eines mächtigen militärischen Imperiums.

Zertal und Eldar haben ein hochpolitisches und hochbrisantes Buch geschrieben, das der israelischen Politik und Gesellschaft einen Spiegel vorhält. Wer hineinsieht, erkennt ein Land, das sich in den besetzten Gebieten weit von jeglicher rechtlichen Legitimation entfernt hat und das die Vertreibung der palästinensischen Bewohner und den Raub ihres Landes zum Regierungsprogramm gemacht hat.

Die seit Jahrzehnten andauernde Vertreibung der Palästinenser und der Diebstahl ihres Landes ist eng verbunden mit dem Namen des ehemaligen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, der engste Bindungen zur Siedlerbewegung hatte und diese dazu nutzte, die „Schaffung eines palästinensischen Staates und jeden Friedensvertrag zu verhindern“. Ministerpräsident Rabin hatte sich einst mit überaus klaren Worten gegen die extremistischen Teile der Siedlerbewegung gestellt und die Gefahr, die sie für den Staat Israel darstellten, erkannt. Er sprach von ihnen als „Schmach für den Zionismus und Schandfleck für das Judentum“. Am 4. November 1995 wurde Rabin von einem jüdischen Extremisten ermordet, der „das jüdische Volk vor einem erneuten Holocaust retten und das Kommen der Erlösung herbeiführen wollte“.

In ihrem beeindruckenden Epilog, der mit dem „Nahen der Apokalypse“ überschrieben ist, gehen die Verfasser auch auf jüngere Entwicklungen ein: u. a. auf den Rückzug aus dem Gaza-Streifen, wo Israel „verbrannte Erde, verwüstete öffentliche Einrichtungen und Menschen ohne Gegenwart und ohne Zukunft“ zurückließ. Der 2. Krieg Israels von 2006 gegen den Libanon wird als Resultat verzweifelter Fehlurteile und schlechter Politik beschrieben. Der Schlusssatz des Buches scheint auf eine neutrale Perspektive hinzudeuten („Die Geschichte ist offen“), aber mit der Überschrift „Das Nahen der Apokalypse“ ist die Richtung vorgegeben, in welche die Autoren das Land gehen sehen. Sicherlich wünschen auch sie nichts sehnlicher, als dass Israel auf einen Weg zurückkehrt, der ihm eine friedliche Zukunft an der Seite eines Staates Palästina ermöglicht. In diesen Wochen und Monaten sieht es indes so aus, als ob Israel den Weg in die entgegen gesetzte Richtung verfolgt. Dieser Weg kann das Land in den Abgrund reißen. Bis dahin garantiert er Israel einen der ersten Plätze unter den Ländern, die wegen ihrer schlimmen Menschenrechtsverletzungen weltweit unter Ächtung zu leiden haben. (Deutsche Verlags-Anstalt, 2007; Euro 28)

Dieter Neuhaus

## Baruch Kimmerling, Politizid - Ariel Sharons Krieg gegen das palästinensische Volk

Baruch Kimmerling war Professor für politische Soziologie an der Hebräischen Universität Jerusalem. Er gehörte zu den Unterzeichnern des Friedensappells israelischer Wissenschaftler. In seinem Buch beschreibt er sehr detailliert den Lebensweg des Ariel Sharon und dessen Einflussnahme auf die israelische Politik bis zum Jahre 2003. Seiner Meinung nach hatte sich Israel unter Sharon zum Faschismus hin orientiert (Seite 10).

In dem Klappentext heißt es: "Unter Ariel Sharon ist Israel zu einer Kraft der Zerstörung geworden. Von Beginn seiner Karriere an galt er als der brutalste aller israelischen Generäle und Politiker. Er soll für zahlreiche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sein. Seine Politik zerstört letztlich die humanistischen Werte der eigenen jüdisch-israelischen Gesellschaft und führt diese in den Ruin." Baruch Kimmerling beschreibt die

generelle Haltung Sharons gegenüber der arabischen Bevölkerung, die Torpedierung aller Friedensbemühungen und die Kolonisierung der Palästinensergebiete durch die religiös und nationalistisch motivierten Siedler sowie "die Errichtung einer Herrenvolk-Republik". Er berichtet von den zahlreichen Massakern, für die Sharon verantwortlich war. U. a. ließ Sharon im August 1970 im Gazastreifen Tausende von Häusern zerstören und große Teile der Zitrushaine, praktisch die einzigen Nutzpflanzen der Region, verwüsten. Außerdem "wurde der Befehl ausgegeben, jeden Verdächtigen ohne Befragung oder Gerichtsverhandlung zu erschießen. Daraufhin wurden über tausend Menschen ohne Gerichtsverfahren exekutiert oder erschossen. ... Dies war der erste Versuch Sharons, das "palästinensische Problem" zu lösen." (Seite 61) Sharon kann keine Politik mehr bestim-

## Susan Nathan, Sie schenken mir Dornen - Ausgegrenzt im Land der Verheißung

Susan Nathan wurde 1949 als Jüdin in England geboren. Sie wuchs während der Apartheid in Südafrika auf. In London arbeitete sie als Betreuerin von ausgegrenzten AIDS-Erkrankten. Dann entschloss sie sich, das jüdische Recht auf Einbürgerung in Israel wahrzunehmen und dort zu leben.

In ihrem Buch beschreibt sie ihre Übersiedlung von Tel Aviv in die Stadt Tamra im Norden Israels, die ausschließlich von israelischen Palästinensern bewohnt wird. Diese Überschreitung der ethnischen Trennlinie führte zur ihrer Ausgrenzung durch die jüdischen Israelis. Susan Nathan beschreibt die Lebensweise und Traditionen der arabischen Bevölkerung, ihre herzliche Gastfreundschaft, aber auch die unvorstellbaren, bisher wenig beachteten Diskriminierungen durch den israelischen Staat, die Entrechtungen und Leiden, die darauf abzielen, den arabischen Israelis alle Lebensgrundlagen zu entziehen, sie am Bau von Häusern zu hindern und somit zur Abwanderung zu zwingen.

"Im Jahre 1947 hatte Tamra knapp 200 Bewohner gehabt, doch schon ein Jahr später war die Zahl auf 3000 gestiegen. Heute wird ein Drittel der Tamrander als interne Flüchtlinge eingeordnet, denen die Erlaubnis, jemals in ihre ursprünglichen Häuser zurückzukehren, verweigert wird. In der gefühllosen Orwell'schen Sprache der israelischen Behörden werden sie und eine weitere Million israelischer Araber als "anwesende Abwesende" bezeichnet: 1948 in Israel anwesend, aber von ihren Häusern abwesend. Damals registrierten die Behörden den gesamten Besitz in dem neuen jüdischen Staat. Das ganze Hab und Gut dieser Flüchtlinge, ihr Land und ihre Häuser bis hin zu ihrem Bankvermögen, ist konfisziert worden und gehört jetzt dem Staat. Weit mehr als 400 palästinensische Dörfer wurden von der Israelischen Armee während des Krieges von 1948 und auch noch danach zerstört, um eine Rückkehr der Flüchtlinge zu verhindern." (Seite 35)

Susan Nathan beschreibt sehr anschau-

lich, wie es ihr im Alltag unter den ihr freundlich gesinnten muslimisch-arabischen Staatsbürgern Israels ergeht. Wer ihr Buch gelesen hat, hat einen lebendigen Begriff davon, wie 20 % der Bevölkerung dieses Staates diskriminiert und schikaniert werden.

Zum Schluss noch ein Zitat: Samira, eine Frau, mit der sich Susan Nathan angefreundet hatte, war mit ihrer Familie aus ihrem Dorf nach Tamra vertrieben worden. "Sie lebt nur wenige Kilometer vom Haus ihrer Familie entfernt, aber sie hat keinen Anspruch darauf, ja nicht einmal Zutritt. ... Ihre Vergangenheit wird geleugnet, was ihr Selbstbewusstsein beeinträchtigt. Das ist ein Gefühl, das gerade wir Juden kennen sollten. Immerhin haben Juden um das Recht gekämpft, Ansprüche auf ihre Vermögen in Europa geltend zu machen, Entschädigungen einzuklagen, ein Eingeständnis der Gräueltaten zu erhalten, die man an ihnen verübt hat, und Museen zu bauen. In diesem Kampf konnten sie immer größere Erfolge für sich verbuchen. Weshalb verdient Samiras Schmerz nicht ebenfalls Beachtung und Respekt?"

Gustav Lübbe Verlag 2005, 383 Seiten, geb. 22.- Euro, Tb. 8.95 Euro

S. Ullmann



lung jener Landstriche von jeglicher Ordnung ausschloss, die ihnen die Bürgerrechte und die elementarsten Menschenrechte garantierte. Wie bereits gesagt, kann Israel nicht mehr als liberale Demokratie gelten, sondern ist zu einer Herrenvolk-Demokratie geworden."

Abschließend schrieb – der inzwischen verstorbene - Kimmerling: "Dennoch gibt es Hoffnung, denn wir stehen näher denn je vor einem Durchbruch, weil beide Seiten allmählich verstehen, dass sie sich in einer aussichtslosen Situation befinden. ... Ohne eine Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern wird der heutige jüdische Staat nur eine Marginale in der Geschichte der Menschheit sein." (Seite 209), Heinrich Hugendubel-Verlag, 2003, 224 Seiten, 19.95 Euro

S. Ullmann

## Norman Paech

### Auszug aus dem Bericht über eine Reise in die Westbank/Palästina vom 15. – 22. März 2008

Ziel der Reise, die auch in den Gaza-Streifen gehen sollte, war die Information über die aktuelle politische, soziale und ökonomische Situation in den von Israel besetzten Gebieten. Ich wollte vor allem die Umsetzung des in Annapolis und Paris wieder angeschobenen Friedensprozesses und die Chancen der Überwindung der politischen Spaltung der Palästinenser zwischen Fatah und Hamas erkunden. Zu meiner Begleitung und als Dolmetscher hatte ich den deutsch-palästinensischen Journalisten **Hakam Abdelhadi** eingeladen, der mir auf Grund seiner hervorragenden Landeskennntnis die meisten meiner Kontakte und Gesprächspartner vermittelte.

Nach Gaza sind wir nicht gekommen, obwohl die israelische Botschaft in Berlin mir ausdrücklich versichert hatte, beim Checkpoint Eretz unseren Eintritt zu organisieren. Die Wächter am Checkpoint wussten aber angeblich nichts von der Verabredung. Aus terminlichen Gründen konnten wir uns leider nicht mehr mit israelischen Menschenrechtsorganisationen treffen. Der Kontakt zu den einzelnen palästinensischen Gesprächspartnern in den verschiedenen Städten gestaltete sich zeitraubender als gedacht. Wir benötigten für den Besuch jeder Stadt jeweils einen ganzen Tag. Wir haben ausführliche Gespräche mit Vertretern unterschiedlicher Parteien und Organisationen sowie mit Privatleuten geführt und uns in verschiedenen Städten – Ramallah, Bethlehem, Hebron, Kalkilya und Nablus - über die aktuelle Situation informieren können (Liste der Gesprächspartner im Anhang ebenso ein Kommentar im „Freitag“ v. 28. 3. 2008. Eine Reportage über die eingemauerte Stadt Kalkilya erscheint in „Neues Deutschland“ am 4. 4. 2008 und ein Kommentar zum Umgang mit Hamas in „Ossietzky“)

**Bericht über die Gespräche** Unser erster Eindruck ist sehr widersprüchlich. Insbesondere Ramallah, wo wir die Woche über in einem Hotel wohnten, erscheint als sehr lebhaft und dynamisch. Die Stadt ist das intellektuelle und politische Zentrum der Westbank. Übergriffe der Besatzungstruppen sind hier seltener als in den anderen Städten. Selbst Bethlehem, in dem internationale Organisationen vergleichbar häufig vertreten sind, wird öfters von Überfällen der Besatzer heimgesucht. So drei Tage vor unserer Ankunft, als eine Gruppe als Palästinenser verkleideter Israelis vier ehemalige palästinensische Kämpfer ermordeten. Andere Städte, Hebron, Kalkilya und Nablus, werden allnächtlich von den Besatzungstruppen durch Kontrollen und Verhaftungen überfallen. Tagsüber soll die Polizei der Palestinian National Authority (PNA) für Ruhe und Ordnung sorgen. Sie hat sich zurückziehen, wenn für die Nacht die Besatzungstruppen das Kommando übernehmen. Die mangelnde Sicherheit wurde daher von allen Gesprächspartnern immer wieder beklagt. Niemand unserer Gesprächspartner glaubte, dass sich an dieser Situation in naher Zukunft etwas ändern würde und dass die Israelis überhaupt einen Friedenswillen hätten.

Der Einzige der davon sprach war der Repräsentant der deutschen Vertretung in Ramallah, **Jörg Ranau**. Er räumte ein, dass es sich dabei nur um einen Frieden zu den Bedingungen Olmerts handeln würde. Diese sind aber für die Palästinenser unakzeptabel. Die Skepsis gegenüber den aktuellen israelisch-palästinensischen Verhandlungen ist allgemein und tief. Selbst der stellvertretende Außenminister **Ahmed Soboh** von der PNA hält die Israelis derzeit nicht für kompromissbereit und frie-

denswillig. In unserem ausführlichen Gespräch hielt er ein Friedensabkommen zum Ende des Jahres wie in Annapolis vorgesehen für möglich aber nicht für realistisch.

**Mustafa Barghouti**, der international geschätzte und auch in Palästina allgemein anerkannte Chef der Palästinensischen Nationalen Initiative und Mitglied im palästinensischen Parlament meint, dass die Israelis den Gaza-Streifen abtrennen und den Ägyptern überlassen und die Reste der vollkommen zergliederten Westbank auf Jordanien übertragen wollen. Die Zwei-Staaten-Lösung sei damit faktisch vom Tisch. Insbesondere in der Fatah scheint es eine Strömung zu geben, wie uns der Fatah-Abgeordnete **Tayseer Nasserallah** von Nablus erklärte, die die alte Ein-Staaten-Lösung als die einzig zukunfts-trächtige ansieht, da die unaufhaltsame Siedlungstätigkeit kein zusammenhängendes Territorium mehr übrig gelassen habe. Nasserallah ist für die Vorbereitung des Parteitages der Fatah mit zuständig und geht sogar davon aus, dass diese Position dort eine Mehrheit erhalten könnte. Wir haben jedoch bei unseren übrigen Gesprächen festgestellt, dass immer noch die Zwei-Staaten-Lösung als Ziel des Friedensprozesses von den Palästinensern bevorzugt wird.

Die Einschätzungen unserer Gesprächspartner zur Rolle der USA und der EU ist nicht viel günstiger. Selbst wenn man Präsident Bush konzidiert, seine Amtszeit noch mit einem Friedensschluss im Nahen Osten krönen zu wollen, so sieht man bei ihm jedoch keine konstruktiven Ansätze. Die rege Reisetätigkeit von Außenministerin Rice habe bisher zu keiner sicht- oder spürbaren Veränderung der Haltung Israels geführt. Das Besatzungsregime und der Siedlungsbau hätten sich im Gegenteil verfestigt. Die EU wird allgemein, unabhängig vom politischen Standort, als vernachlässigenswerte Größe eingeschätzt. Ursprünglich auf sie gesetzte Hoffnungen für eine eigenständige Position hätten sich nicht erfüllt. Dass Ministerpräsident Olmert im Beisein von Bundeskanzlerin Merkel den weiteren Ausbau der Siedlungen habe verkünden können, ohne dass sie die Einhaltung des in Annapolis versprochenen Siedlungsstopps angemahnt habe, wird als Beweis der Bedeutungslosigkeit vor allem der Deutschen für den Friedensprozess gewertet. Die Rede von Frau Merkel vor der Knesseth hat alle unsere Gesprächspartner enttäuscht und wegen ihrer Einseitigkeit auch Empörung hervorgerufen. Der stellvertretende Außenminister **Soboh** deutete bei unserem Gespräch an, dass man die Bundeskanzlerin zum Besuch der besetzten Gebiete im Herbst einladen werde. Die Ankündigung der Kanzlerin, 20 Mio. Euro für einen Industriepark nahe Jenin im Norden der Westbank zur Verfügung zu stellen, wurde durch ihn zwar begrüßt. Er gab allerdings zu bedenken, dass derartige Projekte den Palästinensern nicht viel nützen würden, solange die zahlreichen Straßensperren, Wirtschafts- und Handelsrestriktionen nicht aufgehoben würden. Der Soziologe **Adel Samara**, Autor zahlreicher Bücher über die Probleme Palästinas, machte uns darauf aufmerksam, dass Industrieparks, wie sie schon bei Tulkarem und Gaza (2007 von den Israelis wieder zerstört, nachdem sich die israelischen Investoren zurückgezogen hatten) errichtet worden waren, vor allem israelischem Kapital nützten, dort zu investieren und billige palästinensische Arbeitskraft zu beschäftigen. Zur Entwicklung einer eigenständigen palästinensischen Ökonomie trügen sie aber kaum etwas bei.

Nicht nur von **Samara**, sondern auch von anderen Gesprächspartnern wie z.B. dem Arzt **Majid Nasser** aus Beit Sahour, der Journalistin **Daren Guabi** u.a. haben wir die Kritik gehört, dass derartige Projekte die Besatzung dadurch festigten, dass sie sie etwas erträglicher machten. Dies sei ein genereller Effekt aller internationalen Projekte, die zwar in durchaus 3 wünschenswerter Weise die Besatzungssituation erleichterten, aber die Besatzung selbst nicht in Frage stellten.

Unsere Frage nach der Anerkennung des Existenzrechtes Israels halten die beiden Professoren für ein vorgeschobenes europäisches Problem. Mahmut Abbas sei als Vorsitzender der PLO der einzig legitimierte Vertreter für die Verhandlungen mit Israel. Die PLO habe bereits seit langem Israel anerkannt und Hamas sei zur Anerkennung jeder vertraglichen Regelung bereit, die durch ein Referendum der Bevölkerung bestätigt werde. Hamas sei keine Terrorgruppe, die Israel vernichten wolle. Das israelische Volk sei eine Realität, welches man nicht wegdenken könne und beide Völker müssten sich gegenseitig anerkennen. Israel wolle legitimerweise Sicherheit, die Palästinenser Unabhängigkeit. Für Israels Sicherheit gebe es aber nur einen Weg, der nicht militärisch zu gehen sei, sondern nur durch die Errichtung eines palästinensischen Staates. Die Palästinenser wiederum könnten keine Sicherheit und Unabhängigkeit ohne die Sicherheit Israels erreichen – beide seien aufeinander angewiesen. Vordringlich sei auf diesem Weg zunächst jedoch die Wiederherstellung der palästinensischen Einheit, die für alle Seiten, Palästinenser und Israelis, gleich wichtig sei. Die jüngsten Warnungen der Israelis an Abbas vor einer Über-einkunft mit Hamas anlässlich des Treffens in Sanaa/Jemen, halten sie daher für sehr hinderlich.

Zahlreiche weitere Gespräche haben zwar viele interessante Details aber keine grundsätzlich anderen politischen Aussagen erbracht. Für unsere Politik in Deutschland lassen sich daraus einige **wichtige Folgerungen** ziehen:

#### Beendigung der Besatzung

Unsere zentrale Forderung muss die Beendigung der Besatzung der Westbank und der Blockade des Gaza-Streifens sein. Sie ist die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Verhandlungsprozess, der zu zwei souveränen Staaten in erträglicher Nachbarschaft führt. Allerdings scheint Israel für die nächste Zeit nicht daran interessiert zu sein, betrachtet man die Erklärungen der israelischen Regierung und vor allem ihre Handlungen.

#### Kritische Freundschaft zu Israel

Die offensichtlich bedingungslose Unterstützung des gegenwärtigen Kurses der israelischen Regierung durch Bundeskanzlerin Merkel ist für den Friedensprozess eher schädlich als nüt-

lich. Dies bezieht sich nicht auf die Verhandlungen, zu denen es bei aller Skepsis keine Alternative gibt. Wenn jedoch gleichzeitig an der Strangulierung des Gaza-Streifens, der Fortsetzung des Siedlungs- und Mauerbaus, den Straßensperren und Kontrollposten, den allnächtlichen Überfällen, Verhaftungen und gezielten Tötungen festgehalten wird, so provoziert das weitere Gewalt (Raketenbeschuss, Selbstmordattentate) durch die Palästinenser und untergräbt damit die Sicherheit Israels. Eine derart widersprüchliche und selbstzerstörerische Politik verschüttet nicht nur den in Annapolis wieder beschrittenen Weg, sondern setzt sich dem in den besetzten Gebieten weit verbreiteten Verdacht aus, ihn gezielt zu torpedieren. Aktuell schwächt diese Politik Abbas und stärkt Hamas. Notwendig ist daher ein sehr viel stärkeres - als bisher behauptet - und öffentlich sichtbares Einwirken auf die israelische Regierung, ihre bisherige Besatzungspolitik aufzugeben.

### Palästina im Web

#### DPG: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

Homepage: <http://www.dpg-netz.de>, aktuelle Informationen

<http://www.palaestina.org>

Website der Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland (mit vielen Landkarten und Veranstaltungshinweisen)

[http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/mauer\\_wall.htm](http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/mauer_wall.htm)

sehr viele Informationen insbesondere zur Menschenrechtssituation in den palästinensischen Gebieten

<http://www.ochaopt.org>

Website des United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Occupied Palestinian Territory mit zahlreichen Karten, Fotos und Informationen zur „West Bank Barrier“

<http://www.btselem.org/English/index.asp>

die wichtigste israelisch-palästinensische Menschenrechtsorganisation

<http://www.icahd.org/eng/>

<http://zope.gush-shalom.org/home/en>  
Gush-Shalom, die Homepage von Uri Avnery:

<http://www.uri-avnery.de>

die Homepage von Uri Avnery auf Deutsch (weniger Texte als im Original)

## IMPRESSUM

Die Palästina-Zeitung wird herausgegeben von den Regionalgruppen Rheinland-Süd und Ruhr der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. Geschäftsstelle: Am Ordensgut 2, 53639 Königswinter; Redaktion: Peter Bingel (v.i.S.d.P.), Krystyna Schydlo u.a. Die einzelnen Artikel werden von den jeweiligen Verfassern verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der DPG-Gruppen wieder. **Druck:** Siebengebirgsdruck Bd Honnef. Die Palästina-Zeitung erscheint halbjährig. Sie wird kostenlos abgegeben und auf Bestellung zugeschickt, mit der Bitte um Spenden auf das Regionalkonto der DPG, Sparda-Bank West, Kto Nr. 200 339 210, BLZ 370 605 90. (Bei Spenden unter 100 Euro gegebenenfalls bitte ausdrücklich vermerken „Spendenbescheinigung erbeten“)